

## Besuch der CaritasKlinik

Im Rahmen der Gespräche zwischen Beschäftigten der öffentlichen und der kirchlichen Krankenhäuser fanden am 8. Juli mehrere Aktionen vor der Caritasklinik in Saarbrücken statt. Schon am Vorabend hatten sich Vertreterinnen der kirchlichen Krankenhäuser gemeinsam mit dem ver.di-Streikführer der Diakonie aus Niedersachsen, Georg Cravillon, und dem für Kirchen zuständigen Bundessekretär Berno Schuckart-Witsch getroffen, um sich zu beraten. Ver.di ist unzufrieden mit der Meldung von Tarifberaterinnen aus den kirchlichen Häusern. Wenn seitens der kirchlichen Beschäftigten nicht zu mehr Aktivitäten kommt, sieht man das Vorhaben zu einer Entlastung im Krankenhaus zu kommen in Gefahr. Deswegen unternimmt aktuell ver.di jede Menge Aktivitäten, um mit den Kolleginnen und Kollegen aus den kirchlichen Krankenhäusern ins Gespräch zu kommen.

Vor dem CaritasKrankenhaus bauten ver.di und die Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) ihre Infostände auf und sammelten Unterschriften unter den Saarbrücker Appell für mehr Pflegekräfte. Der Appell wurde inzwischen von 2.000 Saarländerinnen und Saarländern unterzeichnet. Mehr als 120 Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen aus verschiedensten Branchen unterstützen den Aufruf. Einer der Initiatoren ist der Klinikseelsorger der CaritasKlinik, Hermann-Josef Mayers. Über 500 Unterschriften kommen allein von den beschäftigten dieser Klinik.

Schließlich überreichte Artur Bisalski von der KAB 536 Unterschriften, darunter auch Vertreter namhafter christlicher Organisatoren an den Sprecher und DGB-Kreisvorsitzenden aus Saarpfalz Rainer Tobae. Beide wie auch Hermann-Josef Mayers hielten eine kleine Ansprache

Mayers kritisierte, dass die Würde der Pflegenden mit Füßen getreten würde.

Mayers: „Das ganze System ist krank. Von guter Pflege kann nicht mehr die Rede sein. Wenn alte, immobile Patienten im Bett nicht mehr regelmäßig gelagert werden können, weil niemand mehr der da ist, der es macht, dann nimmt man damit eine Schädigung des Patienten in Kauf. Der Patient wird zusätzliche Schmerzen bekommen oder sich wund liegen. Wenn demente Patienten stundenlang im Pflegestuhl auf dem Flur sitzen müssen, weil sie nicht anders beaufsichtigt werden können, dann ist das beschämend. Wenn nötige Infusionen nicht laufen, weil niemand mehr da ist, der sie anhängen kann, dann ist das eine Gefährdung des Patientenwohls. Wenn niemand von der Pflege mehr Zeit hat, einen sterbenden Patienten zu begleiten, dann sterben viele alleine. Wenn niemand von der Pflege mehr Zeit hat, mit dem Patienten zu reden und sich seiner Sorgen und Nöte anzunehmen, dann geht eine Grundkompetenz der Pflege verloren und Patienten und Angehörige fühlen sich allein gelassen. Wenn Pflegende keine geordnete Freizeit mehr haben und ständig aus dem Frei gerufen werden, weil sie für einen Kollegen einspringen müssen, der krank ist, dann leidet die notwendige Regeneration und das Familienleben.“

Der Patient sei kein Werkstück, das man bearbeiten und in die Ecke stellen kann und die Schwestern und Pfleger seien keine Roboter, wurde auf der Kundgebung ausgeführt. Auch Krankenhausleitung und MAV hörten – mit gebührendem Abstand – diese Worte. Wohl auch in deren Richtung waren die Worte zu verstehen, als die Aktivisten kritisierten, dass der politische Wille zum umsteuern fehle. Es wurde eine gesetzliche Personalbemessung für die Krankenhäuser gefordert. Mayers: „Der angestrebte Pflegepakt im Saarland macht neue Themenfelder auf wie die „Generalistische Ausbildung von Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege“ oder die Etablierung einer Pflegekammer. Dieses Vorgehen nötigt mich zu der Metapher: Das Haus brennt lichterloh und die Feuerwehrleute streiten über die Ausbildung der Feuerwehranwärter oder die Gründung eines Berufsverbandes.“

Notwendig sei der Willen zur Veränderung hieß es vor dem Klinikportal.

Im Anschluss gingen 12 Tarifberaterinnen aus den Kliniken in Völklingen, Winterberg, Sulzbach und Uniklinik gemeinsam in Begleitung der Krankenhausleitung und der Mitarbeitervertretung durch das Haus und über die Stationen. Sie hatten ein Schreiben „An unsere Kolleginnen und Kollegen im Caritas-Klinikum Saarbücken“ dabei und informierten über das Projekt Entlastung. Um überhaupt weiter zu machen, brauche man aus den kirchlichen Häusern mehr Tarifberaterinnen. Die Kolleginnen aus den kommunalen Krankenhäusern berichteten über ihre Arbeit als Tarifberaterinnen und informierten über den Stand der Forderungsdiskussion.

Wie Gewerkschaftssekretär Michael Quetting zum Abschluss der Aktion berichtete, gibt es nun an der CaritasKlinik in vier Pflegebereichen Tarifberaterinnen, insgesamt habe man sechs Interessierte gewinnen können. Man betrachte allerdings 26 Tarifberaterinnen als nötig. Zum Vergleich nannte er das Winterberg-Krankenhaus, wo es 48 Tarifberaterinnen bzw. die SHG-Klinik in Völklingen, wo es 44 Tarifberaterinnen gäbe. Insgesamt haben sich bis zur Stunde 362 Tarifberaterinnen und 919 Interessierte namentlich gemeldet.

In einem Flugblatt, das in diesen Tagen in allen saarländischen Krankenhäusern zur Verteilung kommt, werden die aktuellen Aufgaben und nächsten Schritte benannt:

**Wer aus Eurem Team beteiligt sich als Tarifberaterin?**

Tarifberaterinnen sind die Delegierte ihres Teams. Wir brauchen sie in so vielen Stationen und Bereichen wie möglich. Sie sind das Gerüst unserer Durchsetzungskraft. Gerne kann es mehr als eine Person pro Team sein. Dann kann man sich abwechseln und besprechen. Wir fragen nicht, ob Du ver.di-Mitglied bist oder nicht.

**Wen kennt Ihr in den kirchlichen Krankenhäusern?**

Überlegt zusammen, wen Ihr in einem kirchlichen Haus kennt und sprecht diese persönlich an, ob sie sich als Tarifberaterinnen beteiligen wollen. Tauscht Euch mit ihnen über Eure Arbeitsbedingungen aus und ermutigt sie, dass wir uns gemeinsam für Verbesserungen einsetzen können. Helft ihnen, sich vertraulich an ver.di zu wenden.

**Ladet uns in Eure Teams ein!**

**Meldet Euch streikbereit!**

Ladet uns zu Euch in eine Teamsitzung ein. Lasst uns besprechen, wie Ihr Euch an Aktionen beteiligen könnt. Alle Stationen und Bereiche, die sich streikbereit melden, erhalten eine Fahne mit der Losung „Aufstehn für die Pflege“.

Am 3. September führen wir eine **Klausur des Großen Koordinationskreises** aller Krankenhäuser durch. Dort werden wir unsere Tarifkommission berufen. Dort diskutieren wir, wie weit wir vorangekommen sind und was die nächsten Schritte sind.

Wie soll es weitergehen?

In der Analyse der Situation sind sich alle weitestgehend einig. Was tun die Pflegenden selbst, um diese unhaltbaren Arbeitsbedingungen zu verändern. Einige wenige trauen sich, die Probleme offen beim Namen zu nennen. Die überwiegende Mehrheit hat Angst aufzubegehren. Zu groß ist der Druck, der ihnen von allen Seiten

entgegen schlägt. Viele wählen die Flucht in die innere Emigration und schweigen. Viele werden krank in diesem System. Viele wählen den Weg der Teilzeitarbeit, um zu überleben. Eine Berufsgruppe, die gelernt hat für andere da zu sein und zu helfen, hat es verlernt für sich selbst einzustehen. Es gibt jüngere Kolleginnen und Kollegen, die allmählich lernen sich stärker gegenüber den maßlosen Erwartungen an sie abzugrenzen. Was tun die Personalräte? Sie kämpfen. Aber auch hier regiert die Angst. Wie sehr sie unter Druck geraten, hat der Warnstreik der Pflege vor einigen Wochen gezeigt. Was tun die kirchlichen Mitarbeitervertretungen? Bislang habe ich keine einzige öffentliche Stellungnahme gelesen, die die Missstände offen beim Namen nennt. Sie schweigen. Klinikleitungen und Klinikträger treiben ein doppeltes Spiel: Bei manchen öffentlichen Protestkundgebungen wie beim Pflegestreik in 2013 solidarisieren sie sich mit den Pflegenden. Nach innen setzen sie die Ökonomisierungsprozesse, die wie gottgegeben hingenommen werden, mit aller Härte durch ohne Rücksicht auf Verluste. Was tun die Kirchenleitungen? Sie haben die Probleme bislang völlig ignoriert gemäß dem Motto: Es kann nicht sein was nicht sein darf! Und was tun die Politiker? Alle politischen Parteien in Deutschland, die in den letzten 20 Jahren auf Bundesebene Regierungsverantwortung trugen, haben diese Zustände in den Krankenhäusern mit zu verantworten. Die Reformen werden als „alternativlos“ dargestellt. Sie nehmen lieber in Kauf, dass ein ganzer Berufszweig unter die Räder kommt in diesem Ökonomisierungswahnsinn als dass sie umsteuern. Die Gewerkschaft Verdi legt den Finger in die Wunde und prangert die Missstände seit Jahren an. Sie kämpft. Sie muss sich ständig gegen allerlei Diffamierungen wehren.

Was wir brauchen ist das Eingeständnis aller im Krankenhauswesen beteiligten Akteure, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Es braucht einen Willen zur Veränderung. Bei den kirchlichen Trägern braucht es eine neue Grundsatzdiskussion über den Dritten Weg, der diese menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen nicht verhindert hat. Es braucht Solidarität statt des wachsenden Konkurrenzkampfes, der uns vom System aufgezwungen wird. Es braucht einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess darüber, was uns gute Pflege wert ist. Es braucht Schwestern und Pfleger, die endlich aufstehen und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Sonst wird sich nichts ändern!

Saarbrücken, 8.7.2016

Hermann-Josef Mayers, Klinikseelsorger

rtur Bi-  
salski von der Ka- tholischen Arbeit-  
nehmer Bewegung  
(KAB) überreichte  
gestern 536 Unter-  
schriften für bessere Bedingun- gen in der Pflege, die sein Ver- band gesammelt hatte,  
vor dem Haupteingang der Saarbrücker Caritasklinik an Rainer Tobae  
vom Deutschen Gewerk- schaftsbund (DGB) im Beisein von Klinikseelsorger Her- mann-  
Josef Mayers, der auch zum Initiativkreis zählt.